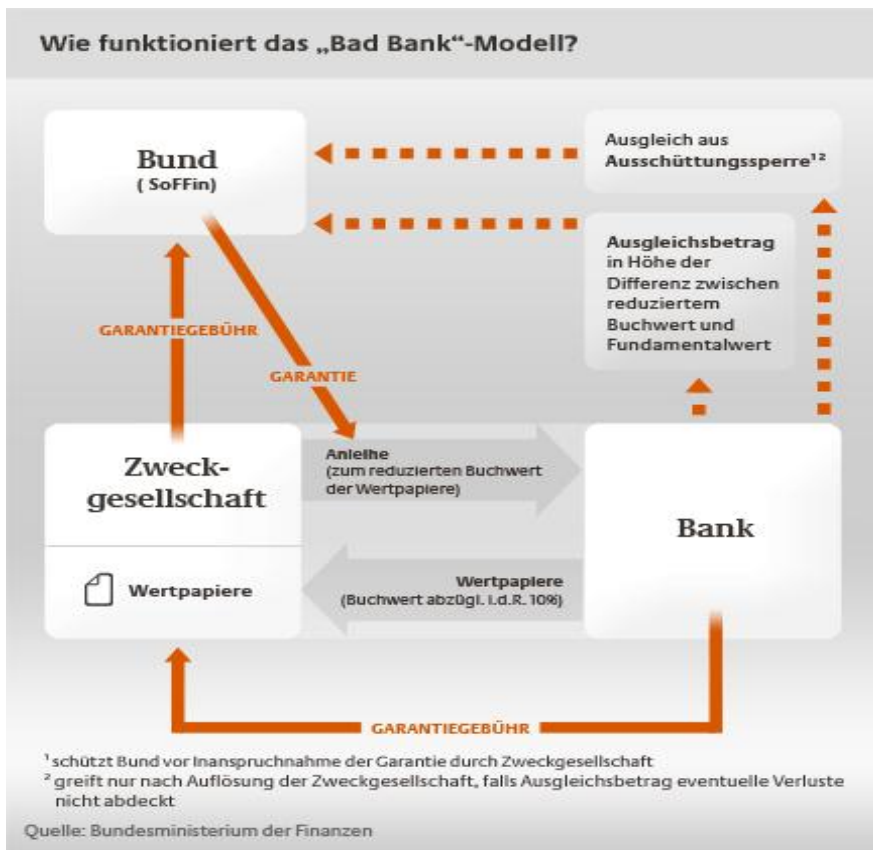


Die „Bad Bank“ kommt

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz und dem darauf aufbauenden Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz wurden bereits maßgebliche Schritte zur Stabilisierung der Finanzmärkte in der aktuellen Krise unternommen. Die Vertrauensbildung an den Finanzmärkten wird jedoch weiterhin durch große Bestände strukturierter Wertpapiere in den Bilanzen von Kreditinstituten, Finanzholding-Gesellschaften und deren Tochterunternehmen beeinträchtigt. Der Gesetzentwurf verschafft diesen Unternehmen die Möglichkeit, ihre strukturierten Wertpapiere auf institutsspezifische Zweckgesellschaften zu übertragen und auf diesem Wege ihre Bilanzen zu entlasten.



Ergänzend dazu hat das Bundeskabinett Eckpunkte zu einem Konsolidierungsbank-Modell beschlossen. Das Bundesministerium der Finanzen wird in den Eckpunkten gebeten, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesjustizministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium unter Hinzuziehung der Deutschen Bundesbank und dem SoFFin den Gesetzentwurf sehr kurzfristig durch einen eigenständigen Regelungskomplex zu ergänzen, der die Auslagerung weiterer Risikopositionen sowie Geschäftsfelder durch Kreditinstitute ermöglicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



der 23. Mai 2009 war ein wichtiges Datum für Deutschland. An diesem Tag haben wir den 60. Jahrestag unseres Grundgesetzes begangen, auf das Deutschland zurecht sehr stolz sein kann. Das Grundgesetz ist die beste Verfassung in der deutschen Geschichte und eine ausgezeichnete Visitenkarte unseres Landes.

Der 23. Mai 2009 war auch deshalb ein guter Tag für Deutschland, weil an diesem Jubiläumstag die Bundesversammlung im ersten Wahlgang erneut Horst Köhler zum Bundespräsidenten gewählt hat. Horst Köhler hat sich großes Vertrauen bei den Menschen erworben. Wir haben mit Horst Köhler ein Staatsoberhaupt, das gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise für Stabilität und Verlässlichkeit steht und hohes Ansehen in der Welt genießt.

Die große Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat sich klar für eine weitere Amtszeit von Horst Köhler ausgesprochen. Daher ist es bedauerlich, dass die SPD um das höchste Amt im Staat einen Wahlkampf betrieben hat.

Ich freue mich, dass Horst Köhler seine erfolgreiche Arbeit für unser Land fortsetzen kann.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Peter Hintze MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Kinderpornographie im Internet – Prävention stärken und Klarheit schaffen



Sperrlisten können einen wichtigen Beitrag leisten

Zur Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen erklärt die Berichterstatterin im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Michaela Noll MdB:

Die Anhörung hat das grundsätzliche Ziel von Ministerin von der Leyen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigt: das so genannte access-blocking, d.h. die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten auf ausländischen Servern, ist eine sinnvolle zusätzliche Präventionsmaßnahme zur Bekämpfung der Kinderpornographie!

Nahezu einhellige Meinung der Sachverständigen war: Sperrlisten können - zusätzlich zu den bestehenden harten und bereits geltenden strafrechtlichen Maßnahmen - einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten und zum Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Kinderpornographie beitragen.

Große Bedenken haben wir insbesondere aus datenschutzrechtlichen und verfahrenstechnischen Gründen im gesamten Bereich der Strafverfolgung sowie damit zusammenhängend bei der Erhebung und Weiterleitung von personenbezogenen Daten. Dieser Komplex, der nicht die Prävention, sondern die konkrete Sanktion, also die Strafverfolgung betrifft, wurde in den Gesetzentwurf auf Begehren des Bundesjustizministeriums eingefügt. Unsere Bedenken wurden von den Sachverständigen nahezu ausnahmslos geteilt. Deshalb plädieren wir für die komplette Streichung dieses Absatzes.

Darüber hinaus teilten die Sachverständigen ausnahmslos unser Ziel, das access-blocking einzig und allein auf Kinderpornographie zu begrenzen. Begehrlichkeiten nach einer Ausweitung des access-blocking auf andere Inhalte oder Themenbereiche erteilen wir eine harte und klare Absage.

Nach der Anhörung kann der Gesetzgebungsprozess nunmehr zügig fortgeführt und noch in den nächsten Wochen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden!

Föderalismusreform II

Bundestag und Bundesrat haben am 15. Dezember 2006 beschlossen, eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einzusetzen. Die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat haben die Kommission am 8. März 2007 konstituiert. Die Kommission hatte den Auftrag, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten, um diese den veränderten Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb Deutschlands für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik anzupassen. Im Interesse einer besseren Aufgabenerfüllung sollten auch Vorschläge für eine Effizienzsteigerung und Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung gemacht werden.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die aufgrund der Ergebnisse dieser Kommission notwendig gewordenen Grundgesetzänderungen umgesetzt werden. Daneben wird ein Begleitgesetz vorgelegt, mit dem aus den Beschlüssen der Föderalismuskommission II resultierende einfachrechtliche Regelungen umgesetzt werden sollen.

Die bislang geltenden verfassungsrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme haben nicht verhindern können, dass die Schuldenlast von Bund und Ländern in der Vergangenheit stark angestiegen ist. Ziel der Grundgesetzänderungen im Bereich der Finanzverfassung ist es, im Einklang mit den Vorgaben des reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes die institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung einer langfristigen Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern zu verbessern.

Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2009

28. Mai 2009

Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227- 76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:

www.
cdu-landesgruppe-nrw.de